



Nr. 133/S. 1269 Bonn, den 14. Dezember 1976

Bulletin

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates

Am 9. und 10. Dezember 1976 in Brüssel

1.

Der Nordatlantikrat trat am 9. und 10. Dezember 1976 in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen. Die Minister erkannten erneut die unerläßliche Rolle an, die ein starkes Bündnis bei der Gewährleistung der Sicherheit seiner Mitglieder und als Grundlage für ihre Bemühungen zur Schaffung eines konstruktiveren und stabileren Verhältnisses zu den Ländern des Warschauer Pakts spielt. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, den Zusammenhalt und die Stärke des Bündnisses aufrechtzuerhalten und zu erhöhen.

2.

Die Minister betonten, daß sich die Ost-West-Beziehungen in einem befriedigenderen Tempo entwickeln müßten. Sie erkannten jedoch an, daß die fortschreitende Verbesserung dieser Beziehungen möglicherweise langsam und manchmal schwierig sein werde und daß noch auf Jahre hinaus Beharrlichkeit und Stetigkeit erforderlich sein werden. Sie betonten, daß ihre Regierungen auch weiterhin nach realistischen Möglichkeiten zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten mit dem Osten suchen werden und daß sie hierbei von den gemeinsamen Interessen ausgehen werden: sie sehen entsprechenden Anstrengungen der Länder des Warschauer Pakts entgegen.

Die Minister unterstrichen jedoch, daß es, wenn die Entspannung mit der erforderlichen Unterstützung in der Öffentlichkeit Fortschritte machen und nicht zum Stillstand kommen soll, zu echten Verbesserungen im gesamten Bereich der internationalen Beziehungen kommen müsse.

Es sollte nicht davon ausgegangen werden, daß eine Zunahme der Spannungen in einem Bereich der internationalen Beziehungen ohne Auswirkungen auf andere Bereiche bleiben könne. In allen Teilen der Welt können und sollten Konfrontationen durch Respektierung der allgemeingültigen Prinzipien internationalen Verhaltens vermieden werden.

Die Minister betonten die überragende Bedeutung, die sie einer Verminderung des Risikos einer militärischen

Konfrontation beimessen. Sie betrachteten mit Besorgnis den hohen Stand der Rüstungsausgaben in der Sowjetunion und die anhaltende, beunruhigende Verstärkung der militärischen Macht des Warschauer Pakts zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die nur schwer mit dem erklärten Wunsch der Sowjetunion nach einer Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses zu vereinbaren seien. Angesichts dieser stetigen Zunahme der militärischen Stärke betonten die Minister erneut ihre Entschlossenheit, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer eigenen defensiven militärischen Streitkräfte zu treffen, um eine glaubwürdige Abschreckung zu gewährleisten und ihre Länder vor der Gefahr sowohl einer militärischen Aggression als auch politischen Drucks zu schützen.

3.

Gleichzeitig zeigten sich die Minister darüber besorgt, daß die ständige Ausweitung der Rüstungen nicht nur die Sicherheit in der Welt, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand aller Nationen gefährden könnte. Sie betonten, daß diese Gefahren nur dann abgewendet werden können, wenn alle Länder sich zu realistischen Anstrengungen zusammenfinden, um zu echten und kontrollierten Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen zu kommen.

Die Minister bekräftigten, daß die Bündnispartner für den Fall eines gegen sie geführten Angriffs nicht auf den gegebenenfalls für die Verteidigung erforderlichen Einsatz irgendwelcher der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel verzichten können. Die Minister erklär-

ten ebenfalls, daß sich alle KSZE-Teilnehmerstaaten streng an den in der UNO-Charta verankerten und in der Schlußakte von Helsinki bekräftigten Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt halten sollten. Dieser Gewaltverzicht müsse für alle Arten von Waffen gelten. Es sei für die Stärkung des Friedens von wesentlicher Bedeutung, daß von keiner militärischen Gruppierung Rüstungen irgendwelcher Art aufgebaut werden, die über die Notwendigkeit der Verteidigung hinausgehen, eine Politik die von der Allianz immer befolgt worden ist. Die Minister stellten darüber hinaus fest, daß das Bündnis ein freier Zusammenschluß bleiben wird, der allen europäischen Staaten offensteht, die sich zur Verteidigung der Freiheit, des gemeinsamen Erbes und der Zivilisation ihrer Völker bekennen. Die Minister erinnerten daran, daß das Recht der Staaten, Bündnisverträgen anzugehören oder nicht anzugehören, in der Schlußakte von Helsinki bestätigt worden ist. Im Lichte dieser Erwägungen sind sie zu dem Schluß gekommen, daß die vor kurzem veröffentlichten Vorschläge des Warschauer Paktes nicht in Betracht gezogen werden können.

4.

Die Minister erklärten erneut die Entschlossenheit ihrer Regierungen, auch weiterhin alle Grundsätze und Bestimmungen der KSZE-Schlußakte zu beachten; sie äußerten die Erwartung, daß alle übrigen Unterzeichner ebenfalls Schritte zu ihrer uneingeschränkten Durchführung unternehmen werden. Sie stellten fest, daß bei der Durchführung der KSZE-Schlußakte gewisse Fortschritte erzielt worden seien. Es bleibe jedoch noch viel zu tun, ehe sich der Nutzen der Schlußakte in spürbarer Weise in konkreten Verbesserungen zeigen werde, und zwar nicht nur in den zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch im Leben der Völker und Menschen. Die Minister erinnerten daran, daß in der Schlußakte anerkannt worden sei, daß verbesserte menschliche Kontakte und die Verbreitung von Informationen zu einer Stärkung des Friedens beitragen würden, und brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Staaten des Warschauer Paktes Maßnahmen ergreifen werden, die in den kommenden Monaten zu einer erheblichen Beschleunigung der Durchführung der Schlußakte führen.

Die Minister stellten fest, daß die in der Schlußakte enthaltenen Bestimmungen über vertrauensbildende Maßnahmen von den Regierungen der Alliierten umfassend und gewissenhaft durchgeführt worden seien. Sie nahmen zur Kenntnis, daß sich die Praxis der Ankündigung größerer Manöver durchzusetzen beginnt, jedoch haben Länder des Warschauer Paktes im Gegensatz zu Bündnispartnern bisher keine Manöver angekündigt, an denen weniger als 25 000 Mann beteiligt sind. Sie bedauerten, daß die Länder des Warschauer Paktes sich bisher nicht in der Lage gesehen haben, die an sie ergangenen Einladungen, zu Manövern des Westens Beobachter zu entsenden, anzunehmen.

Die Minister sahen mit Interesse dem Folgetreffen entgegen, das im Jahre 1977 in Belgrad abgehalten

werden soll. Dieses Treffen bietet Gelegenheit zu einer gründlichen und objektiven Überprüfung der in allen Unterzeichnerstaaten herrschenden Situation hinsichtlich aller von der Schlußakte erfaßten Bereiche sowie zu einer Prüfung der weiteren Fortschritte, die in Richtung auf die in Helsinki vereinbarten Ziele erreicht werden könnten. Die Regierungen der Bündnispartner beabsichtigen, bei der Suche nach positiven Ergebnissen, die der Sache des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa dienen, eine aktive Rolle zu spielen.

5.

Die Minister nahmen einen Bericht des amerikanischen Außenministers über die Fortschritte und Aussichten der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen entgegen und erörterten das Verhältnis zwischen den SALT-Verhandlungen und den Sicherheitsinteressen der Bündnispartner. Die Minister betrachteten den Bericht über SALT als nützlich und aufschlußreich und begrüßten die anhaltenden Bemühungen der Vereinigten Staaten zur Herbeiführung eines befriedigenden SALT-Abkommens, das die Interessen und Anliegen der Bündnispartner berücksichtigt.

6.

Die Minister der beteiligten Staaten prüften den Stand der Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen (MBFR). Sie brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß diese Verhandlungen nur dann das vereinbarte Ziel erreichen werden, zu stabileren Beziehungen und zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen, wenn sie dazu führen, die bestehende Disparität im Personalbestand der Landstreitkräfte in Mitteleuropa zu beseitigen und die Disparität bei den Kampfpanzern zu verringern.

Diese Minister bekräftigten ihre Auffassung, daß diese Ziele durch ihren Vorschlag verwirklicht werden würden, im Raum der Reduzierungen einen ungefähren Gleichstand der Landstreitkräfte in der Form einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke für den Personalbestand der Landstreitkräfte auf beiden Seiten herbeizuführen und die Disparität bei den Kampfpanzern zu verringern.

Diese Minister betonten, daß die Zustimmung zum Ziel einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke und Reduzierungen amerikanischer und sowjetischer Landstreitkräfte in der ersten Phase ein bedeutsamer und praktischer erster Schritt in Richtung auf die übereinstimmende kollektive Gesamthöchststärke darstellen würde, die durch weitere Reduzierungen in der zweiten Phase erreicht werden würde.

Diese Minister stellten mit Bedauern fest, daß das bedeutende, spezifische Zusatzangebot, das sie vor einem Jahr gemacht haben, bisher nicht angemessen beantwortet worden ist. Sie bekräftigten erneut ihre Überzeugung, daß die westlichen Vorschläge eine ver-

nünftige Grundlage für ein gerechtes und faires MBFR-Abkommen darstellen. Sie wiederholten ihre unveränderte Entschlossenheit, auf die Verwirklichung der Verhandlungsziele der westlichen Teilnehmer zu drängen, die die unverminderte Sicherheit aller beteiligten Länder gewährleisten würden. Sie zeigten sich befriedigt über die unveränderte Solidarität ihrer Regierungen, die auf der festen Unterstützung durch die öffentliche Meinung ihrer Länder beruht, und bekräftigten erneut den Grundsatz, daß die NATO-Streitkräfte nicht vermindert werden sollten, es sei denn im Zusammenhang mit Vereinbarungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen.

7.

Bezüglich Deutschlands und Berlins befaßten sich die Minister mit den Entwicklungen, die sich seit ihrem letzten Treffen im Mai 1976 ergeben haben.

Die Minister gaben ihrer Befriedigung über die Fortschritte Ausdruck, welche auf Grund des Viermächte-Abkommens in Berlin-Angelegenheiten während der fünf Jahre seit seinem Abschluß möglich waren. Insbesondere hat das Abkommen für das Leben vieler Deutscher bedeutende Erleichterungen gebracht.

Die Minister bekräftigten, daß ihre Länder weiterhin für die Sicherheit und Lebensfähigkeit von Berlin eintreten. Diese bleiben wesentliche Elemente der westlichen Politik und der Entspannung zwischen Ost und West. Die Minister stellten fest, daß Berlin voll in den Genuß jeder Verbesserung in den Ost-West-Beziehungen, insbesondere durch seine Bindungen mit der Bundesrepublik Deutschland, wie sie im Viermächte-Abkommen bekräftigt wurden, kommen muß.

Die Minister betonten, daß das Viermächte-Abkommen Teil eines umfassenderen Interessengleichgewichts ist, das in hohem Maß die Entwicklung besserer Beziehungen zwischen Ost und West in Europa ermöglichte und zu ihr beitrug. Sie stellten fest, daß dieser Prozeß ernsthafter Gefährdung ausgesetzt würde, wenn einer der Unterzeichnerstaaten es unterließe, die von ihm im Viermächte-Abkommen übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfang einzuhalten.

8.

Die Minister befaßten sich mit den seit ihrer letzten Tagung eingetretenen Entwicklungen im Mittelmeerraum. Sie begrüßten die Beendigung der Feindseligkeiten im Libanon und brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Stabilität und der Wiederaufbau in diesem Lande stetig fortschreiten werden. Nichtsdestoweniger waren sie der Auffassung, daß die anhaltende Unstabilität im Nahen Osten nach wie vor Anlaß zu ernster Besorgnis bietet und gefährliche Folgen haben könnte.

Sie unterstrichen die Dringlichkeit fortgesetzter Bemühungen zur Herbeiführung einer Gesamtlösung, die zu einem gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten führt.

Die Minister nahmen den auf ihre Weisung hin ausgearbeiteten Bericht über die Lage im Mittelmeer entgegen. Sie betonten die Notwendigkeit, das Kräftegleichgewicht im gesamten Mittelmeerraum aufrechtzuerhalten. Sie forderten den Ständigen Rat auf, seine Konsultationen über dieses Thema fortzusetzen und ihnen auf ihrer nächsten Tagung erneut zu berichten.

In diesem Zusammenhang bekräftigten die Minister erneut ihre Auffassung, daß das Inkrafttreten von Abkommen über Verteidigungszusammenarbeit zwischen den beteiligten Bündnispartnern die Verteidigung der NATO im Mittelmeerraum stärken werde.

Die Minister zeigten sich befriedigt über die Einigung zwischen Griechenland und der Türkei über das bei der Abgrenzung des Festlandssockels zu befolgende Verfahren und äußerten ihre Hoffnung auf eine erfolgreiche Lösung sowohl dieser Frage als auch der des ägäischen Luftraums.

9.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten des Bündnisses und des wirksameren Einsatzes der vorhandenen Mittel erörterten die Minister verschiedene Aspekte der Standardisierung und der Interoperabilität von Geräten und Verfahren. Sie billigten den zweiten Bericht des ad hoc-Ausschusses über die Interoperabilität von Gerät und vereinbarten, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, insbesondere hinsichtlich der taktischen Gefechtsfeldverbindungen, der Aufmunitionierung taktischer Flugzeuge und der Durchführung der NATO-Standardisierungsabkommen. Sie ermächtigten den Ausschuß, seine Arbeiten sowohl auf spezifischen Gebieten als auch für die Ausarbeitung von Verfahren zur Gewährleistung der Interoperabilität künftigen Geräts bis auf weiteres fortzusetzen. Sie nahmen darüber hinaus die Fortschritte in der Standardisierung zur Kenntnis, die von der Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren bei der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten bei bestimmten Geräten erzielt worden sind.

10.

Die Minister nahmen die Fortschritte des Umweltausschusses und seinen Beitrag zu einer wirksamen internationalen Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Umweltproblemen zur Kenntnis. Sie nahmen den Abschluß der Leitstudien über moderne Gesundheitsfürsorge und innerstädtische Verkehrsmittel zur Kenntnis und stellten die ständigen Bemühungen des Ausschusses um die Durchführung von Aktionsentschlüssen durch die Mitgliedsstaaten fest. Die Minister billigten die Inangriffnahme von zwei neuen Leitstudien über die Förderung weltweiter Maßnahmen zur Säuberung der Meeresumwelt und über die Ermöglichung einer umweltfreundlichen Verwendung von Kohle und Öl mit einem hohen Schwefelanteil.

Die Minister nahmen darüber hinaus zur Kenntnis, daß sich die Erörterungen des Ausschusses in erster Linie auf globale Fragen wie die Auswirkungen von Fluor-

Kohlenwasserstoffen auf die Stratosphäre sowie die Verlagerung von Luftschadstoffen über große Entfernungen konzentrieren.

11.

Die Minister erkannten an, daß die grundsätzlichen Probleme des Ost-West-Verhältnisses wahrscheinlich nicht schnell gelöst werden können und daß sich das Bündnis auf langfristige Anstrengungen einstellen muß, die den Herausforderungen der Zukunft entsprechen. Die Bündnispartner können sich hierbei nicht nur auf ihre materielle Stärke, sondern auch auf die schöpferischen Kräfte verlassen, die ihre freien und demokratischen Gesellschaften in allen Bereichen unter Beweis stellen. Die Minister zeigten sich zuversichtlich, daß ihre Regierungen und Völker mit der durch das Bündnis gewährleisteten gegenseitigen Unterstützung und Solidarität die vor ihnen liegenden Probleme lösen werden.

12.

Die nächste Ministertagung des Nordatlantikrats wird am 10. und 11. Mai 1977 in London stattfinden.